Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 60 (1977)
Heft: 6

Artikel: Schwarz und Rot
Autor: Gyssling, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-412410

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 6 66. Jahrgang Aarau, Juni 1977

Sie lesen in dieser Nummer...

Humanisten in Irland

Freidenker und Marxismus II. Teil

Ein Lichtstrahl aus religiösem Gewölk

«Monatsmagazin» mit Schlagseite

Schwarz und Rot

Wir Freidenker sind bekanntlich parteipolitisch neutral, und das hat die Folge, dass sich in unseren Reihen Angehörige der verschiedensten politischen Strömungen vom Konservatismus bis zum Kommunismus befinden. Die grossen christlichen Kirchen hingegen standen Jahrhunderte lang überall im Lager der jeweils Herrschenden und sie tragenden Gesellschaftsschichten. Thron und Altar gehörten zusammen, der Adel und später das Bürgertum stützten sich, wo sie herrschten, auf die Kirchen, die ihnen auch bei der Verteidigung ihrer oft recht unchristlichen materiellen und Machtinteressen behilflich waren.

Heute ist und wird das anders: Die grossen Kirchen sind innerlich politisch gespalten, und in den meisten finden politisch akzentuierte Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe statt. Eine sozial progressive Strömung hat sich z. B. in der katholischen Kirche entwickelt, die von den katholisch-konservativen Kreisen heftig angegriffen wird.

Geht in der Schweiz der Streit vorwiegend um liturgische Formen und wird von dem ehemaligen Erzbischof Lefèbvre und seiner Gefolgschaft in Ecône geführt, hat dieser Streit immerhin schon bewirkt, dass sich in der Vereinigung katholischer Laien massgebende Kräfte für die Trennung von Staat und Kirche eingesetzt haben — wir berichteten darüber — so hat er in unserem Nachbarland Oesterreich einen ausgesprochen politischen Charakter.

Kardinal Franz König, der an der Spitze der katholischen Hierarchie in Oesterreich steht, hat sich seit Jahren um gute, wenn nicht freundschaftliche Beziehungen zu dem sozialdemokratischen Regierungschef Kreisky bemüht und diese Bestrebungen intensiviert, nachdem die Sozialisten bei den letzten Wahlen die Mehrheit erhielten und seither die Regierung stellen. Kreisky ist Kardinal König entgegengekommen und legt auf den guten Kontakt mit ihm sichtlich Wert. König hat eine nicht geringe Zahl «progressiver» Priester hinter sich, die seinen Kurs unterstützen.

Der Widerstand der konservativen Elemente, organisiert in der Oesterreichischen Volkspartei (OeVP), die aus der alten christlich-sozialen Partei hervorgegangen ist, hat seine Wurzeln im Bangen um Misserfolg bei den kommenden Wahlen und in der Furcht vor einer Stabilisierung des sozialistischen Regimes in Oesterreich. Auch dort kommt der konservative Widerstand aus katholischen Laienkreisen und von den Prominenzen des politischen Katholizismus. So hat der von der OeVP gestellte Landeshauptmann von Salzburg, Haslauer, kürzlich erklärt, die «Amtskirche», wie er die Spitzen der kirchlichen Hierarchie stets nennt, sei den Sozialdemokraten auf den Leim gekrochen, das Episkopat sehe freundlich zu, wie der Regierungskurs in der Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik vom katholischen Staat weg zu einem roten Oesterreich führe. Und der parlamentarische Fraktionschef der OeVP, Stefan Korner, warf der Kirche eine regelrechte Doppelstrategie vor.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des österreichischen Katholizismus sind also voll im Gang. Und das ist nicht nur in Oesterreich der Fall, das Episkopat verschiedener lateinamerikanischer Staaten steht in Front gegen die dortigen rechtsorientierten Diktatoren. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht entsprechende bischöfliche Kundgebungen durch die Weltpresse gehen. Das deutet darauf hin, dass diese «progressiven» Kreise im Katholizismus und im Episkopat sich eines gewissen Wohlwollens seitens des Vatikans erfreuen.

In Italien selbst wird ja dieses Zusammengehen von Schwarz und Rot geradezu vorexerziert. Katholische Politiker sitzen mit den «Eurokommunisten» an einem Tisch und diskutieren über gemeinsame Regierungsprogramme.

Der Vatikan sieht zu, anscheinend rechnet er mit der Perspektive eines gewaltigen Linksrutsches in den grossen romanischen Ländern Europas. Auch ist bekannt, dass Papst Paul VI. immer wieder hochstehende kirchliche Persönlichkeiten nach Moskau und überhaupt in die kommunistisch regierten Ostländer sandte und sendet und mit deren Verantwortlichen den Dialog sucht. Der Vatikan ist eben realistisch genug, um zu erkennen, dass die Welt heute eine andere ist als noch zu Beginn des Jahrhunderts. In einem über eine Milliarde Menschen umfassenden Riesenblock von Magdeburg bis Shanghai, in Kuba und in verschiedenen afrikanischen Nationalstaaten ist ein mehr oder minder marxistisches Regime zur Herrschaft gelangt, und die

katholische Kirche folgt nur ihrer alten Tradition, wenn sie den Weg der Anpassung an die Herrschenden auch dort geht, wo diese einer ganz anderen grundsätzlichen Orientierung ergeben sind.

Wir verzichten im Augenblick darauf, ähnliche politisch akzentuierte Richtungsstreitigkeiten bei den protestantischen Kirchen darzustellen. Sie sind bei deren Verschiedenheit recht unterschiedlich, aber sie sind dort nicht minder vorhanden. Ein einziges Beispiel: es gibt in der Deutschen Bundesrepublik kaum eine von Linkskreisen lancierte Bürgerinitiative, bei der nicht wenigstens ein Pfarrer mitmacht. Wichtiger scheint uns die Frage, wie wir als Freidenker uns zu der Perspektive eines sich anbahnenden Zusammengehens von Schwarz und Rot einzustellen haben. Bei aller parteipolitischen Neutralität kommen wir hier um eine Stellungnahme nicht herum. Ein Bündnis zwischen Schwarz und Rot hat wie alles seine positive und negative Seite. Als positiv mag gelten, dass damit eine Humanisierung des Kirchenchristentums bewirkt wird, dass die Idee der Nächstenliebe, der Fürsorge für den Mitmenschen, der Anteilnahme an seinem Schicksal auf dieser Erde stärker betont wird, dass die Kirche sich sozialer einstellen und nicht wie bisher einseitig einer die Massen politisch und wirtschaftlich bedrückenden Minderheit dienstbar sein wird. Aber gerade dadurch würden wohl auch manche Menschen, die vor allem die antisoziale Bindung der Kirche an die Herrschenden schockiert hat, ein wichtiger Anreiz genommen, sich von der Kirche ab und uns zuzuwenden.

Auch wissen wir seit Stalin, dass ein rotes Regime nicht unbedingt humanistisch ist und den humanistischen Bestrebungen, zu denen wir Freidenker uns bekennen, noch entschiedener entgegenwirken kann, wenn es von den Kirchen moralische Rückendekkung erhält. Wir werden die Entwicklung, die wir oben skizziert haben, aufmerksam verfolgen müssen, aber die Hauptsache unserer Tätigkeit liegt doch nicht im Gegen- oder Miteinander der Anderen, sondern in unserer eigenen Arbeit an der Ausbreitung der Ideen eines freigeistigen Humanismus, dem wir immer neue Anhänger zu gewinnen haben, bis wir dann mit deren Hilfe unsere humanistischen Ziele verwirklichen können. Walter Gyssling

Humanisten in Irland

Sich in Irland offen als Freidenker zu bekennen, könnte lebensgefährlich sein; aber es gibt bereits eine «Humanistenvereinigung» (Irish Humanist Association). Voriges Jahr im März hatten sie Dr. Conor Cruise O'Brien als Hauptredner, der wegen seiner bekannt freisinnigen Einstellung in der Koalitionsregierung der Irischen Republik bloss mit dem Ministerium für Post und Telegraphie betraut wurde. Wir bringen einige Punkte aus seiner Ansprache, die auch für die Schweiz Bedeutung haben.

In Zusammenhang mit der religiösen Unduldsamkeit der Iren im allgemeinen, wies er darauf hin, dass auch «wir als Humanisten in Gefahr kommen könnten, selbst ins Sektierertum zu verfallen, wenn wir glaubten, diese wäre lediglich ein Monopol der Religiösen (oder jener, die behaupten, es zu sein). Leute, die vorgeben, religionslos zu sein, aber mit doktrinärem Eifer verschiedenen gesellschaftlichen Ansichten huldigen, sind zumindest ebenso unduldsam und grausam zueinander wie Christen und Andersgläubige zu verschiedenen Geschichtsperioden waren. Ich setze aber voraus, dass — auch wenn ich keine formelle Definition versuche — wir jene als «Humanisten» bezeichnen können, die, wenn sie auch nicht Dogmen und die Bedeutung des Uebersinnlichen akzeptieren, für die Gesamtheit der Menschheit (eingeschlossen die religiösen), ein loyales Empfinden haben mit dem starken Willen, alles zu tun, um Unterdrükkung und Ausbeutung von Menschen, welchen Glaubens oder Unglaubens und welchen physischen Aussehens auch immer, zu bekämpfen. Nur in diesem Sinn sind wir Humanisten und können keine Sektierer sein, wenngleich bei noch so gutem Bestreben die unselige Tendenz vorherrschen mag ins Sektentum oder welche neue Variante davon abzugleiten.»

«Der zweite Hauptpunkt, den ich machen möchte, ist, dass sosehr wir die Macht des Sektierertums mit Recht als verheerend ansehen dürfen, es ganz gegen humanistische Bestrebungen wäre, darin Befangene als Ungeheuer zu betrachten. Sie sind sozusagen darein hineingeboren, richtiger, dazu durch die Gehirnwäsche ihrer Vorderen dazu erzogen . . . So wie man nicht seine Hautfarbe ändern kann, ist es schwer, Menschen von ihrer festen Vorstellungen abzubringen, wenngleich es geschehen mag, etwa durch Wechsel in ihren materiellen Verhältnissen oder Schock und Erfahrung, was anderen zugestossen ist . . . Vernunftgründe mögen dazu beihelfen, aber nur sehr selten, diesen Prozess zu beschleunigen. Aber zwei Dinge helfen nie: eines ist Verspottung der Ansichten, Menschen und Institutionen, die derjenige, der die Missachtung erdulden muss, in hohem Masse wertschätzt. Das andere ist Apathie gegenüber traditionellen Praktiken, die der Allgemeinheit aufgezwungen werden; so manche schimpfen laut über derlei Dinge im Staat, in dem sie leben, ignorieren aber andere Arten von Unduldsamkeit bzw. leugnen ihr Bestehen.»

«So z. B. werden manche es gutheissen, wenn ich Sektentum in Nordirland verdamme, und dort wieder, wenn ich es in der Republik anprangere; eines wird als gut und nötig, das anderen aus Gründen der Religion als unausweichliche Folgeerscheinung hingestellt werden.»

«Wo bleibt da der Staat? Ich nehme vorweg, dass wir als Humanisten alle die Trennung von Staat und Religion fordern, d. h. einen säkulären Staat und einer Religion, die dem privaten Gewissen überlassen bleibt; und ich nehme vorweg, dass wir alle eine demokratische Regierung wollen. Doch in gewissen Umständen — die in der Republik schon lange vorherrschend waren — mag die zweite Forderung zum Teil die erste negieren. Oder anders gesagt: Eine Wählerschaft, deren Mehrzahl mit der Idee erzogen worden war, dass Scheidung und Geburtsverhütung unter allen Umständen moralisch verwerflich sind, werden ihren geistlichen Beratern recht geben, dass beides legal verboten sein solle. In diesen Umständen hat es sich gezeigt, dass die betr. Gesetze durch legislative Handlungen nicht geändert werden können; zumindest bis vor kurzem bewies es sich als unmöglich, darüber eine vernünftige öffentliche Diskussion zu haben. Dies war der Grund, warum